



Gabriel zu Gast bei BEE-Neujahrsempfang

Gabriel: Erneuerbare, Netzausbau und konventionellen Kraftwerkspark in Einklang bekommen. **Mehr erfahren**



Editorial



Sigmar Gabriel, Bundesminister für Wirtschaft und Energie © Dominik Butzmann

Liebe Leserinnen und Leser,

dieses Jahr rechnen wir in Deutschland mit einem starken Wirtschaftswachstum von 1,8 Prozent. Das kann sich sehen lassen, und ich möchte, dass sich deutsche Unternehmen auch künftig im weltweiten Wettbewerb behaupten können. Während der Energiewende gilt das besonders für die energieintensive Industrie. Warum?

Unternehmen in Deutschland, die für ihre Produktion unweigerlich eine Menge Strom benötigen, sollen nicht mehr schultern müssen als ihre Konkurrenz im Ausland, die nicht nebenher eine Energiewende mitstemmen muss. Deswegen ist es nur vernünftig, energieintensive Industriebetriebe bei der EEG-Umlage zu entlasten, sofern sie wirklich darauf angewiesen sind. Mehr noch: Solche Ausnahmen sind wichtig, damit die Energiewende gelingt. Die Ausnahmen abzuschaffen hätte eine ganz neue Debatte gegen das EEG zur Folge, nämlich der Menschen, die in diesen Industriebetrieben beschäftigt sind. Ihre Jobs wären gefährdet. Eine Voraussetzung für den Erfolg der Energiewende ist aber die Zustimmung der Bevölkerung. Die wird es nicht geben, wenn wir die EEG-Ermäßigung für wesentliche Teile der rohstoff- und energieintensiven Industrie nicht durchhalten. Mit anderen Worten: Die Energiewende muss für die Industrie vertretbar bleiben.

Trotzdem werden wir Regelungen finden müssen, die die EEG-Ausnahmen einschränken. Zum einen, weil jeder Euro, der nicht von der Industrie bezahlt wird, von anderen Stromverbrauchern aufgebracht wird. Zum anderen, weil das auch die Europäische Kommission von uns verlangt, damit das neue EEG europarechtskonform ist. Dazu sind wir mit der Kommission in einem konstruktiven Dialog, den ich heute bei einem Treffen mit EU-Kommissar Joaquín Almunia in Berlin fortführe.

Ihr
Sigmar Gabriel

Gabriel zu Gast bei BEE-Neujahrsempfang

Gabriel: Erneuerbare, Netzausbau und konventionellen Kraftwerkspark in Einklang bekommen.

In seiner Rede vor Vertretern der Erneuerbare-Energien-Branche erläuterte der Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, die Gründe für die geplante Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Die Kosten für Strom aus erneuerbaren Energien dürften nicht weiter steigen, wenn der Industriestandort gesichert und die Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern erhalten werden soll.

Man müsse dafür Sorge tragen, dass die erneuerbaren Energien, der Netzausbau und der konventionelle Kraftwerkspark in eine gemeinsame Entwicklung gebracht werden, so Gabriel. „Wir stehen aber erst am Anfang der Aufgabe, die wir uns vorgenommen haben“, sagte er. Gabriel betonte, dass Deutschland bei der Energiewende eine große Chance habe, ökologische Nachhaltigkeit und Klimaschutz zu verbinden mit wirtschaftlichem Erfolg, Arbeitsplätzen und einer sozialen Entwicklung, von der das ganze Land profitiert.

Der Bundesminister rief dazu auf, bei der Reform des EEG das Gemeinwohl in den Mittelpunkt zu stellen. Am Ende werde die Lösung nicht darin bestehen, die Summe aller Einzelinteressen zur Lösung zu erklären, sagte Gabriel. Er bekräftigte, dass die Bundesregierung die Regelung zu Ausnahmen bei der EEG-Umlage überprüfen und europarechtskonform ausgestalten werde. Man werde hier mit der EU-Kommission klarkommen müssen, so Gabriel.

Der BEE ist der Dachverband der Erneuerbare-Energien-Branche und repräsentiert über seine Mitgliedsverbände über 30.000 Einzelmitglieder und Firmen. Auf dem diesjährigen Neujahrsempfang diskutierten mehr als 1.000 Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Verbänden über aktuelle Fragen der Energiepolitik.

Die Rede von Bundesminister Sigmar Gabriel hören Sie [hier](#).

Gabriel: Energiewende soll Nachahmer finden

Beim ersten Berlin Energy Forum kamen europäische Akteure zusammen, um eine breit angelegte Debatte über die Herausforderungen im Energiesektor bis 2050 zu

führen. Was Deutschland derzeit bei der Energiewende entwickle, habe die Chance, zu einem sehr großen wirtschaftlichen Erfolg zu werden, sagte Bundesminister Gabriel in seiner Rede.



Beim ersten Berlin Energy Forum kamen am 10. und 11. Februar Experten aus ganz Europa zusammen, um über die Herausforderungen im Energiesektor bis zum Jahr 2050 zu diskutieren. Zentrale Themen der Veranstaltung im Bundeswirtschaftsministerium, zu der die Europäische Kommission eingeladen hatte, waren die EU-Energie- und Klimaziele bis zum Jahr 2030, Fragen der Versorgungssicherheit sowie die Bezahlbarkeit von Energie für Wirtschaft und private Verbraucher.

Bundesminister Sigmar Gabriel betonte in seiner Rede das Ziel, für die Energiewende in Deutschland Nachahmer im Ausland zu finden. Die Energiewende hierzulande sei nur dann erfolgreich, wenn Deutschland zeige, dass Industriegesellschaften ganz generell in der Lage seien, Klimaschutz und Erneuerbare Energien mit einer erfolgreichen Entwicklung der Industriegesellschaft zu verbinden. Was Deutschland derzeit entwickle, habe die Chance, zu einem sehr großen wirtschaftlichen Erfolg zu werden, so Gabriel. International werde nur selten beachtet, welche Potenziale die Energiewende für neue Arbeitsplätze berge.

Anschließend betonte EU-Kommissar Günther Oettinger, die deutsche Energiewende müsse im Kontext der Energiestrategie der Europäischen Union gesehen werden. Schließlich vollziehe sie sich mitten in Europa. Er wies darauf hin, dass für grenzüberschreitende Netze eine gemeinsame Strategie nötig sei.

Der Zubau Erneuerbarer Energien habe Einfluss auch auf die Stromnetze der Nachbarstaaten. Das sei insbesondere dann zu beachten, wenn gesteckte Ausbauziele für die regenerativen Energien überschritten würden. Wenn die Kooperation bei der Energiepolitik zwischen den einzelnen Ländern in der EU weiter vertieft werde, könnten alle Beteiligten profitieren.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

- [\[→ Video: Rede von Bundesminister Gabriel](#)
- [\[→ Video: Rede von EU-Kommissar Oettinger](#)

Besondere Ausgleichsregelung: Liste der Unternehmen veröffentlicht

In diesem Jahr hat das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) für 2.098 Unternehmen die EEG-Umlage begrenzt. Die Ausnahmeregelung sorgt dafür, dass stromintensive Unternehmen in Deutschland nicht Belastungen tragen müssen, die ihre europäischen Wettbewerber nicht zu tragen haben; sie erhält damit industrielle Arbeitsplätze in Deutschland und sichert einen fairen Wettbewerb in Europa.



**Bundesamt
für Wirtschaft und
Ausfuhrkontrolle**

© Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle

Da die EEG-Umlage auf absehbare Zeit nicht deutlich sinken wird, ist die Besondere Ausgleichsregelung weiter notwendig, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrie nicht zu gefährden und geschlossene Wertschöpfungsketten und industrielle Arbeitsplätze in Deutschland zu erhalten. Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) begrenzt auf Antrag die

Höhe der EEG-Umlage für stromintensive Unternehmen des produzierenden Gewerbes, die sich im internationalen Wettbewerb befinden, sowie von Schienenbahnen, die im sogenannten intermodalen Wettbewerb stehen mit Transportmitteln wie zum Beispiel Flugzeug oder LKW.

2014 müssen nach Angaben des BAFA 2.098 Unternehmen insbesondere aus den Wirtschaftszweigen Chemie-, Metall- und Papierindustrie, die in Deutschland Zehntausende von Arbeitsplätzen sichern, nun eine reduzierte EEG-Umlage zahlen. Dabei handelt es sich um eine Strommenge von voraussichtlich 107.101 GWh. Die Entlastung für diese Unternehmen liegt bei voraussichtlich 5,1 Milliarden Euro.

Ein Hinweis für Unternehmen, die einen Antrag für das nächste Jahr stellen möchten: Nach dem aktuell geltenden Erneuerbare-Energien-Gesetz müssen Anträge für das nächste Jahr bis zum 30.6.2014 beim BAFA eingegangen sein. Aufgrund des laufenden EU-Beihilfeprüfverfahrens könnten allerdings laut BAFA bis zum Abschluss des Verfahrens Anträge nicht positiv beschieden werden.

Weitere Informationen dazu finden Sie [hier](#).

Strompreis grenzüberschreitend berechnen

Netzbetreiber aus 15 europäischen Ländern haben am 4. Februar ein IT-System zur grenzüberschreitenden Strompreisberechnung gestartet. Das Projekt gilt als wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu einem europäischen Energiebinnenmarkt.



© sunt - Fotolia.com

Das Ziel ist klar: ein gemeinsamer europäischer Binnenmarkt für Energie. Für eine zukunftsfähige Energieversorgung in Europa ist er von großer Bedeutung. Auf dem Weg dorthin sind 15 europäische Länder nun einen Schritt vorangekommen. Strombörsen und Netzbetreiber aus den Ländern haben gemeinsam mit der Europäischen Kommission Anfang Februar ein IT-Projekt zur grenzüberschreitenden Strompreisberechnung gestartet.

Im Kern geht es dabei um eine einheitliche Berechnungsmethode für den Strompreis. In einer gemeinsamen Auktion ermitteln die Netzbetreiber und die Strombörsen einen gemeinsamen Strompreis für den nächsten Tag – und schaffen damit eine wichtige Grundlage für einen europäischen Stromhandel.

Davon profitieren könnten am Ende die Verbraucher. Denn ein gemeinsamer Energiebinnenmarkt führt aller Voraussicht nach zu sinkenden Strompreisen. An dem Projekt nehmen neben Deutschland auch Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Finnland, Lettland, Litauen, Luxemburg, Norwegen, die Niederlande, Österreich, Polen, Schweden und Großbritannien teil.

Weitere Informationen dazu finden Sie [hier](#).

Offshore-Windpark Riffgat geht ans Netz

Vor der deutschen Nordseeküste sind die 30 Windenergieanlagen des Offshore-Windparks Riffgat ans Netz angeschlossen worden. Mit einer installierten Leistung von insgesamt 108 Megawatt erzeugt der Windpark genug Strom, um rund 120.000 Haushalte mit klimafreundlicher Energie zu versorgen.



Der neue Windpark Riffgat in der Nordsee © EWE AG/ Ibeler

Vor der deutschen Nordseeküste sind die 30 Windenergieanlagen des Offshore-Windparks Riffgat ans Netz angeschlossen worden. Mit einer installierten Leistung von insgesamt 108 Megawatt erzeugt Riffgat genug Strom, um rund 120.000 Haushalte mit klimafreundlicher Energie zu versorgen. Jede der Anlagen hat eine Leistung von 3,6 Megawatt bei einem Rotordurchmesser von 120 Metern. Die Gesamthöhe der Anlagen beträgt von der Wasseroberfläche bis zur oberen Rotorblattspitze 150 Meter. Sie sind damit fast so hoch wie der Kölner Dom (157 Meter).

Nach 14 Monaten Bauzeit war der Windpark bereits im vergangenen Sommer fertig errichtet worden. Beim Netzanschluss kam es aber zu Verzögerungen. Der Grund dafür waren fast 30 Tonnen Munition. Diese mussten während des Baus der Kabeltrasse vom Meeresboden geborgen und entsorgt werden.

Windparks wie Riffgat leisten einen wichtigen Beitrag zur Energieversorgung in Deutschland. Zwar ist Windenergie auf See momentan eine teure Technologie. Sie steht jedoch erst am Anfang ihrer Entwicklung und hat großes Potential für eine Effizienzsteigerung. Ihre Pionierleistung ermöglicht deutschen Unternehmen eine Technologieführerschaft in der weltweiten Windindustrie einzunehmen. Dies stärkt das wirtschaftliche Wachstum in Deutschland und schafft neue Arbeitsplätze.

Mit der geplanten Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) soll die installierte Kapazität für Windenergieanlagen auf See auf insgesamt 6,5 Gigawatt im Jahr 2020 und auf 15 Gigawatt im Jahr 2030 steigen. Das Stauchungsmodell bei der Vergütung soll bis zum 31. Dezember 2019 verlängert werden.

Wie ein Offshore-Windpark funktioniert, wie der Windstrom vom Meer ans Land kommt und wie der Bau von Windparks und Stromleitungen koordiniert wird, das erklärt Energiereporter Lars Tepel in diesem Video: www.bmwi.de/BMWi2012/Navigation/DE/Mediathek/videos,did=587854.html.

Geplanter Zubau der Erneuerbaren Energien

Ein wichtiger Baustein der EEG-Reform sind konkrete Mengenziele für den jährlichen Zubau der einzelnen Technologien. Damit wird die Energiewende nicht gebremst, sondern besser gesteuert und auf die kostengünstigsten Technologien konzentriert.



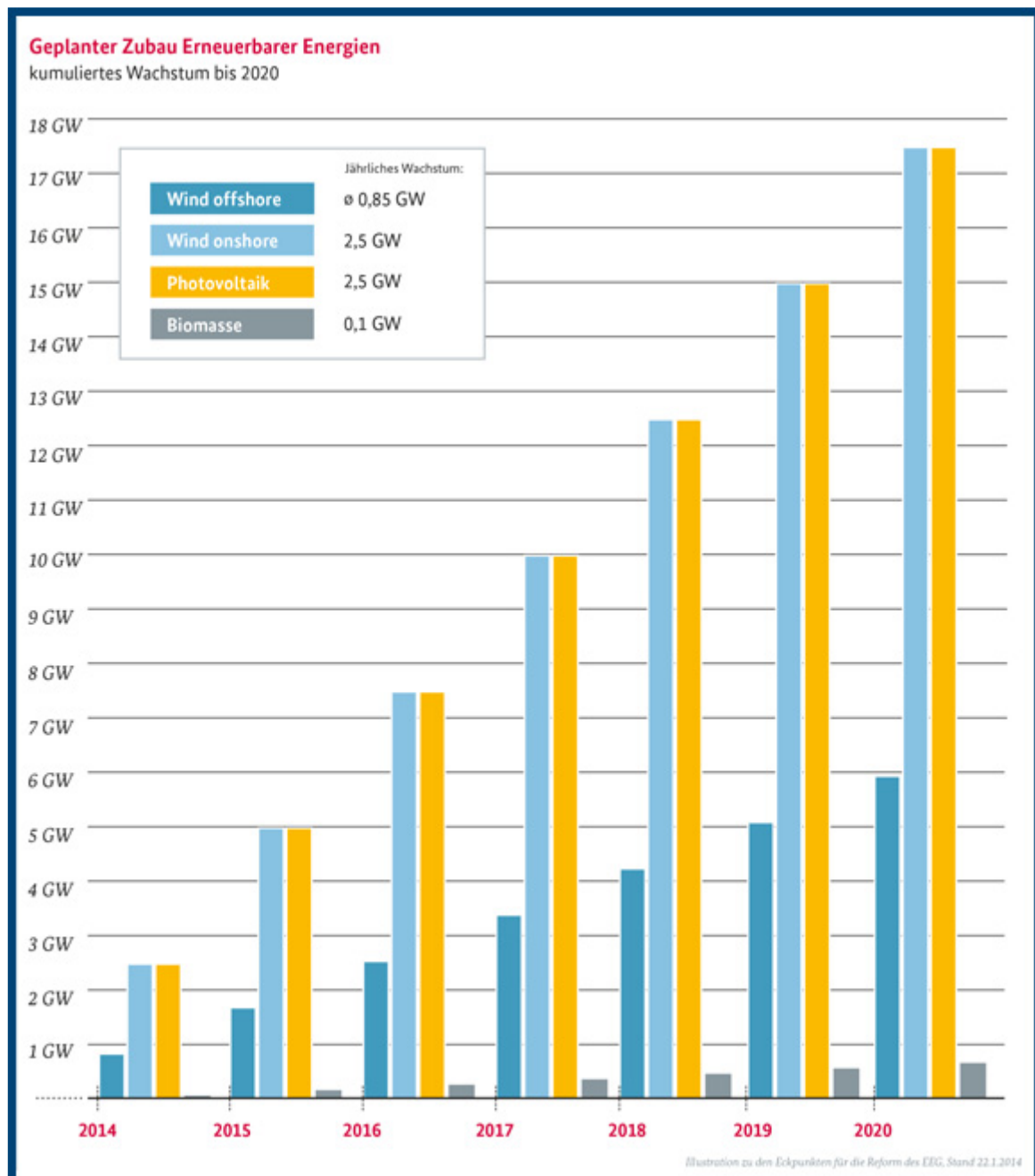
Die erneuerbaren Energien sind in den vergangenen Jahren schnell gewachsen. In kurzer Zeit wurden sie zu einer tragenden Säule der deutschen Stromversorgung und haben heute einen Anteil von 25 Prozent am Stromverbrauch. Mit dem schnellen Zubau sind allerdings auch die Kosten gestiegen und belasten heute Wirtschaft und Verbraucher.

Für jede Technologie werden deshalb konkrete Mengenziele für den jährlichen Zubau, sogenannte Ausbaukorridore, eingeführt. Diese werden im EEG bis zum Jahr 2020 verbindlich festgelegt. Um die Kosten der Energiewende zu stabilisieren, wird der Ausbau der erneuerbaren Energien künftig auf die kostengünstigsten Technologien, Solar- und Windenergie, konzentriert.

Bei Solarenergie und bei Windenergie an Land ist jeweils ein jährlicher Zubau von 2.500 Megawatt vorgesehen. Ein „atmender Deckel“ soll sicherstellen, dass die neuen Ausbaukorridore auch eingehalten werden. Damit wird Zubau weiterer Anlagen besser planbar. Das Prinzip: Werden mehr neue Anlagen gebaut als nach dem Ausbaukorridor vorgesehen, sinkt automatisch die Einspeisevergütung für weitere Anlagen. Ein System, das sich bei der Photovoltaik in der Praxis bereits bewährt hat.

Biomasse ist bis heute eine relativ teure Technologie, um Energie zu gewinnen. Sie soll deshalb jährlich nur noch bis 100 Megawatt ausgebaut werden.

Zwar ist Windenergie auf See momentan ebenfalls eine teure Technologie. Sie steht jedoch erst am Anfang ihrer Entwicklung, hat großes Potential für eine Effizienzsteigerung und kann daher einen wesentlichen Beitrag zu wirtschaftlichem Wachstum und Arbeitsplätzen leisten. Die anstehende Reform des EEG sieht vor, Windenergie auf See deshalb weiter zu fördern. Insgesamt sollen bis 2020 6,5 Gigawatt und bis 2030 15 Gigawatt installiert werden.



Zitat der Woche



„Die nach wie vor erfreulich große grundsätzliche Zustimmung in der Bevölkerung ist eine entscheidende Voraussetzung für das Gelingen der Energiewende. Wir dürfen diese Zustimmung allerdings nicht gefährden. Es ist notwendig, den Ausbau der Erneuerbaren Energien endlich als gemeinsame Aufgabe zu verstehen und regionale Partikularinteressen zurückzustellen.“

Hildegard Müller, Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW)

Pressestimmen

Die geplante Reform des EEG ist ein großes Thema in den Medien. In unserer Rubrik „Pressestimmen“ haben wir für Sie einige interessante Artikel ausgewählt.



© Knipserin – Fotolia.com

FAZ, 12.02.2014: Brüssel greift deutsche Ökostromförderung an

In der Frankfurter Allgemeine Zeitung erklärt EU-Kommissarin Connie Hedegaard, warum eine ehrgeizige Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) dringend nötig sei. So stehe etwa die Stromerzeugung aus Windenergie an Land kurz vor der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Markt und könne darum nicht mehr „viel länger unterstützt“ werden.

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/klimakommissarin-hedegaard-bruessel-greift-deutsche-oekostromfoerderung-an-12798617.html>

Handelsblatt Online, 13.02.2014: Drohnen für die Energiebranche

Für die Energiewende werden in Deutschland neue Netze gebaut. Die Wartung könnten, so berichtet das Handelsblatt, künftig zunehmend Drohnen übernehmen. Erste Projekte gibt es bereits.

<http://www.handelsblatt.com/technologie/das-technologie-update/energie/wie-ein-ekg-fuer-anlagen-drohnen-fuer-die-energiebranche-seite-all/9468920-all.html>

Handelsblatt Online, 13.02.2014: Ein mieses Geschäft

Der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement analysiert im Handelsblatt die deutsche Energiewende und das Eckpunktepapier zur geplanten Reform des EEG.

<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/ex-bundeswirtschaftsminister-clement-energiewende-voellig-aus-den-fugen-geraten/9479290.html>

WAZ, 14.02.2014: Warum sich in Essen die Energiewende mitentscheiden könnte

Power-to-Gas, also aus Strom Gas zu erzeugen, könnte eine Schlüsselrolle bei der Energiewende zukommen. Die WAZ berichtet, wie das Gas- und Wärme-Institut in Essen derzeit daran forscht, das Verfahren im großen Stil nutzbar zu machen – und so sauberen Wind- oder Solarstrom als Gas zu

speichern.

<http://www.derwesten.de/staedte/essen/warum-sich-in-essen-die-energiewende-mitentscheiden-koennte-id8992211.html>

FAZ, 16.02.2014: Hannelore Kraft: Ohne Strom-Rabatte wandert Industrie ab

Die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft sieht bei einem Wegfall der Besonderen Ausgleichsregelung Hunderttausende Arbeitsplätze in der Industrie in Gefahr, berichtet die Frankfurter Allgemeine Zeitung.

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/energiewende-hannelore-kraft-ohne-strom-rabatte-wandert-industrie-ab-12805187.html>

© 2023 Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz |

[Impressum](#) | [Datenschutz](#)